



Antrag auf Erteilung / Verlängerung einer Duldung gem. § 60a AufenthG

Application for granting / extension of a certificate confirming the suspension of your deportation according to § 60a Residence Act (AufenthG)

Familienname / Family name	
Vorname(n) / First given name(s)	
Geschlecht / gender	
Geburtsdatum / date of birth	
Geburtsort / place of birth	
Staatsangehörigkeit / nationality	
Genaue Anschrift im Heimatland / exact adresse in the home country	
Ich besitze einen Reisepass oder Passersatz / I own a passport or passport substitute	☐ ja, ich besitze einen, Nr..... ☐ yes, I own one, no:..... ☐ nein, ich besitze keinen Reisepass ☐ no, I do not have a passport or passport substitute
Freiwillige Ausreise / Voluntary return	☐ Ich werde freiwillig bis zum aus dem Bundesgebiet ausreisen. ☐ Ich werde nicht freiwillig aus dem Bundesgebiet ausreisen, weil ☐ I will voluntarily leave Germany until ☐ I will not voluntarily leave Germany because



Ich bestätige hiermit, dass ich von der Ausländerbehörde gem. § 49 AufenthG aufgefordert wurde, richtige Angaben zu meiner Identität und Staatsangehörigkeit zu machen. Ich versichere, dass die Angaben im vorstehenden Antrag richtig sind.

I hereby confirm with my signature that I have been instructed by the Aliens' Registration Authority in accordance with Art. 49 of the Residence Act that the particulars I give about my identity and nationality must be correct. I confirm that the information in this application form is correct.

Ort, Datum
Place, Date

Unterschrift
signature



Belehrung

Passpflicht

Grundsätzlich muss ein Ausländer in Deutschland einen gültigen Pass oder Passersatz besitzen (**§ 3 Abs. 1 AufenthG**). Er ist verpflichtet, seinen Pass oder Passersatz auf Verlangen der Ausländerbehörde vorzulegen (**§ 48 Abs. 1 AufenthG**). Wer sich ohne Pass oder Ausweisersatz in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft (**§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG**).

Ein Ausländer, der keinen Pass oder Passersatz besitzt und diesen nicht erlangen kann, kann ein deutsches Ausweispapier (Ausweisersatz) erhalten. Hierzu muss er bei der zuständigen Ausländerbehörde einen Antrag stellen und konkret nachweisen, dass es ihm nicht möglich oder unzumutbar ist, sich einen Pass oder Passersatz zu beschaffen.

Besitzt der Ausländer keinen gültigen Pass oder Passersatz, muss er bei der Beschaffung des Identitätspapiers mitwirken, sowie alle Urkunden und sonstigen Unterlagen, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und die er besitzt, der Ausländerbehörde vorlegen (**§ 48 Abs. 3 AufenthG**).

Verpflichtung zu wahren Angaben

Jeder Ausländer ist verpflichtet, gegenüber der Ausländerbehörde Angaben zu seinem Alter, seiner Identität (Name, Vornamen, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnort) und Staatsangehörigkeit zu machen (**49 Abs. 2 AufenthG**).

Im Rahmen der Pass- bzw. Passersatzpapierbeschaffung ist es maßgeblich, dass Ihre Identität geklärt werden kann. Sie sind somit dazu verpflichtet wahrheitsgemäße Angaben zu Ihrer Person zu machen.

Wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen, um Ihre Identitätsklärung zu verhindern,

- machen Sie sich nach den deutschen Gesetzen strafbar. Dies kann mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden (**§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG**)
- erfüllen Sie einen Ausweisungstatbestand (**§ 53 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 54 Abs. 2 Nr. 10 AufenthG**). Dies hat zur Folge, dass Sie ausgewiesen werden können und Ihnen dann auch bei Vorliegen eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltsrechts dieses nicht erteilt werden kann.

Das Gleiche gilt bei falschen oder unvollständigen Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Passersatzes oder der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht.



Belehrung nach § 50 Abs. 4 AufenthG

Auf Grund Ihrer Ausreisepflicht sind Sie nach § 50 Abs. 4 AufenthG verpflichtet, jeden Wohnungswechsel und jedes Verlassen des Bezirks der Ausländerbehörde für **mehr als drei Tage** vorher der für Sie zuständigen Ausländerbehörde anzuzeigen. Wenn Sie gegen diese Verpflichtung verstoßen, müssen Sie damit rechnen, dass Sie in Sicherungshaft (Abschiebehaft) genommen werden (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG).

Besondere Belehrung nach § 60b AufenthG

Gem. § 60b ist Ihnen bei der Beschaffung von Pass- oder Passersatzdokumenten regelmäßig zumutbar:

1. in der den Bestimmungen des deutschen Passrechts, insbesondere den §§ 6 und 15 des Passgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, entsprechenden Weise an der Ausstellung oder Verlängerung mitzuwirken und die Behandlung eines Antrages durch die Behörden des Herkunftsstaates nach dem Recht des Herkunftsstaates zu dulden, sofern dies nicht zu einer unzumutbaren Härte führt,
2. bei Behörden des Herkunftsstaates persönlich vorzusprechen, an Anhörungen teilzunehmen, Lichtbilder nach Anforderung anzufertigen und Fingerabdrücke abzugeben, nach der Rechts- und Verwaltungspraxis des Herkunftsstaates erforderliche Angaben oder Erklärungen abzugeben oder sonstige nach der dortigen Rechts- und Verwaltungspraxis erforderliche Handlungen vorzunehmen, soweit dies nicht unzumutbar ist,
3. eine Erklärung gegenüber den Behörden des Herkunftsstaates, aus dem Bundesgebiet freiwillig im Rahmen seiner rechtlichen Verpflichtung nach dem deutschen Recht auszureisen, abzugeben, sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird,
4. sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird, zu erklären, die Wehrpflicht zu erfüllen, sofern die Erfüllung der Wehrpflicht nicht aus zwingenden Gründen unzumutbar ist, und andere zumutbare staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen,
5. die vom Herkunftsstaat für die behördlichen Passbeschaffungsmaßnahmen allgemein festgelegten Gebühren zu zahlen, sofern es nicht für ihn unzumutbar ist und
6. erneut um die Ausstellung des Passes oder Passersatzes im Rahmen des Zumutbaren nachzusuchen und die Handlungen nach den Nummern 1 bis 5 vorzunehmen, sofern auf Grund einer Änderung der Sach- und Rechtslage mit der Ausstellung des Passes oder Passersatzes durch die Behörden des Herkunftsstaates mit hinreichender Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann und die Ausländerbehörde ihn zur erneuten Vornahme der Handlungen auffordert.



Sie sind hiermit auf Ihre Pflichten im Sinne des § 60b Abs. 3 Satz 2 AufenthG hingewiesen worden.

Sollten Sie den unter Nr. 1, 2 und 6 genannten Verpflichtungen nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch Begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Belehrung zur Geltendmachung von krankheitsbedingten Abschiebehindernissen:

Grundsätzlich wird vermutet, dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen (§ 60a Abs. 2c AufenthG).

Nach den Bestimmungen des § 60a Abs. 2c und 2d AufenthG werden Sie drauf hingewiesen, dass Sie im Falle einer Erkrankung die zu krankheitsbedingten Abschiebehindernissen führen könnte, eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung eines Facharztes mit der Tatsacherhebung, fachlich medizinischen Beurteilung des Krankheitsbildes (Diagnose), des Schweregrad der Erkrankung und dessen voraussichtlichen Folgen vorlegen müssen. Dies dient lediglich zur Feststellung der Reisefähigkeit bzw. Reiseunfähigkeit.

Bei Vorliegen der Bescheinigung ist diese unverzüglich in der Ausländerbehörde des Landratsamtes Rosenheim vorzulegen (§ 60a Abs. 2d Satz 1 AufenthG). Wenn die Vorlage unverschuldet verspätet erfolgt, muss diese nicht berücksichtigt werden (§ 60a Abs. 2d Satz 2 AufenthG). Die lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung muss sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern. Ärztlichen Untersuchungen, die seitens der Ausländerbehörde angeordnet werden, sind Folge zu leisten. Bei Weigerung kann die Erkrankung unberücksichtigt bleiben (§ 60a Abs. 2d Satz 3 AufenthG).

Sollten Sie einer Anordnung zur ärztlichen Untersuchung durch eine Behörde nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Der Erhalt der Belehrung wird hiermit bestätigt:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)



Instruction

Passport requirement

In Germany, a foreigner shall principally possess a valid passport or a passport substitute (**Section 3 para. 1 Residence Act**). Upon request, he shall be obliged to present his passport or passport substitute to the foreigners authority (**Section 48 para. 1 Residence Act**). Anyone who stays in the Federal Republic of Germany without a passport or a substitute identity document shall be punishable with up to one year's imprisonment or a fine (**Section 95 para. 1 no. 1 Residence Act**).

If a foreigner does not possess a passport or passport substitute and cannot obtain one, he may receive a German identity paper (substitute identity document). To this end, he shall make an application with the competent foreigners authority and specifically provide evidence that he is unable or that it is unreasonable for him to procure a passport or a passport substitute.

If the foreigner does not possess a valid passport or passport substitute, he shall be obliged to cooperate in efforts to obtain the identity paper and to present to the foreigners authority all documents and other papers in his possession as may be of importance in establishing his identity and nationality (**Section 48 para. 3 Residence Act**).

Obligation of providing truthful information

Every foreigner shall be obliged to furnish the foreigners authority with information on his age, his identity (name, first names, birth name, date of birth, place of birth and place of residence) and nationality (**Section 49 para. 2 Residence Act**).

Within the scope of procurement of either passport or substitute passport papers, it is essential that your identity can be ascertained. You are thus under the obligation of providing truthful information about yourself.

If you provide incorrect or incomplete information to prevent that your identity is ascertained,

- you render yourself liable to prosecution according to the German laws. This may be punishable with up to three years' imprisonment or a fine (**Section 95 para. 2 no. 2 Residence Act**)
- you meet the condition of expulsion (**Section 53 para. 1 Residence Act in conjunction with Section 54 para. 2 no. 10 Residence Act**). The consequence of it will be that you may be expelled and, even if there is a title for granting a right of residence, this cannot be granted.

The same shall apply with regard to false or incomplete information in order to obtain a German residence title, a passport substitute or allowing an exception from the passport obligation.



Instruction according to Section 50 para. 4 Residence Act

Based on your obligation to leave, you shall be obliged – according to Section 50 para. 4 Residence Act – to notify beforehand the foreigners authority responsible for you of any change of address and any leaving the district covered by the foreigners authority for **more than three days** beforehand. If you breach this obligation, you must expect to be placed in precautionary detention (custody pending deportation) (Section 62 para. 3 sentence 1 no. 1 in conjunction with Section 62 para. 3a no. 3 Residence Act).

Special instruction according to Section 60b Residence Act

Pursuant to Section 60b, the following is generally deemed reasonable for you in the procurement of passport documents or passport substitute documents:

1. participate in the issuance or extension – in the manner corresponding to the provisions of the German passport laws, in particular Sections 6 and 15 of the Passport Act as respectively amended – and accept, according to the laws of the state of origin, the handling of an application by the authorities of the state of origin unless this results in any unacceptable hardship;
2. personally present yourself to the authorities of the state of origin, participate in hearings, have photographs made upon request and have fingerprints taken, make statements or declarations required according to the legal and administrative practice of the state of origin, or have other activities performed which are required according to the legal and administrative practice there unless this is unreasonable;
3. issue a statement, to the authorities of the state of origin, to the effect that you will voluntarily leave the Federal Territory according to the German laws – within the scope of the legal obligation if the issuance of the travel document will be made dependent upon it;
4. declare to perform military service, if the issuance of the travel document will be made dependent upon it, if satisfying military obligations is not unreasonable for compelling reasons, and to satisfy other reasonable civic duties;
5. pay the fees generally specified by the state of origin for the passport procurement measures taken by the authorities, unless it is unreasonable for you; and
6. again ask for the issuance of the passport or the passport substitute within the scope of reasonableness, and take the actions according to numbers 1 to 5 if – on the basis of a change in the material and legal situation – the issuance of the passport or the passport substitute by the authorities of the state of origin can be expected with a sufficient degree of probability, and if the foreigners authority asks you to perform the actions again.



You have hereby been advised of your obligations within the meaning of Section 60b para. 3 sentence 2 Residence Act.

Should you not comply with the obligations indicated under no. 1, 2 and 6, there shall be, by law, concrete indications of the risk of escape (Section 62 para. 3b no. 5 Residence Act). The accordingly justified risk of escape has the consequence that you can be detained as a precaution to safeguard deportation (custody pending deportation) (Section 62 para. 3 sentence 1 no. 1 Residence Act).

Instruction for claiming impediments to deportation based on disease or illness specific grounds:

It is principally assumed that deportation is not precluded due to health grounds (Section 60a para. 2c Residence Act).

According to the provisions of Section 60a para. 2c and 2d Residence Act, you are advised that – in case of an illness which might result in illness-related impediments to deportation – you shall submit a qualified medical certificate by a specialist physician with fact-finding results, specialist medical assessment of the clinical condition (diagnosis), the degree of severity of the illness and its expected consequences. This is used merely to determine the ability or fitness to travel or the inability to travel.

Once the certificate is obtained, it shall be immediately submitted to the foreigners authority of the District Administration of Rosenheim (Section 60a para. 2d sentence 1 Residence Act). If submission is delayed without fault, it need not be taken into account (Section 60a para. 2d sentence 2 Residence Act). The life-threatening or serious illness must significantly deteriorate due to the deportation. Medical examinations shall be complied with if they were ordered on the part of the foreigners authority. In case of a refusal to comply, the illness might be left unconsidered (Section 60a para. 2d sentence 3 Residence Act).

Should you not comply with an order for medical examination by an authority, there shall be, by law, concrete indications of a risk of escape (Section 62 para. 3b no. 5 Residence Act). The accordingly justified risk of escape has the consequence that you can be detained as a precaution to safeguard deportation (custody pending deportation) (Section 62 para. 3 sentence 1 no. 1 Residence Act).

Receipt of the instruction below is confirmed herewith:

(Place, date)

(Signature)